

Frankfurter Allgemeine

ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Freitag, 26. März 2010 · Nr. 72/12 D1

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, BERTHOLD KOHLER, GÜNTHER NONNENMACHER, FRANK SCHIRRMACHER, HOLGER STELTZNER

1,90 € D 2954 A F.A.Z. im Internet: faz.net

Beck klagt gegen Staatsvertrag des ZDF

miha. FRANKFURT, 25. März. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und Verwaltungsratsvorsitzende des ZDF, Kurt Beck, klagt gegen den Staatsvertrag des Senders vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe. Er bedauere, dass dieser Schritt notwendig sei, weil sich die unionsgeführten Länder nicht zu einer Änderung des Staatsvertrages entschließen konnten, sagte Beck nach einer Konferenz der Ministerpräsidenten. In diese hatten Beck und der hessische Ministerpräsident Roland Koch Änderungen des ZDF-Staatsvertrags eingebracht, die Beck umgehend beschlossen sehen wollte, um den Staatsvertrag schon immer neu zu formulieren. Der Einfluss des Staates und der Parteien im Verwaltungsrat und Fernsehrat des ZDF sollte durch einige Umbesetzungen verringert werden. Zahlreiche Länder sahen sich jedoch nicht in der Lage, die Vorschläge sogleich zu unterstützen. Hintergrund von Beckes Junktim ist, dass er einem Normenkontrollantrag der Grünen im Bundestag zuvorkommen will, der auf eine umfassende Revision des ZDF-Staatsvertrags zielt. (Siehe Medien, Seite 39.)

Heute

Kultur in Not in unseren Städten

Die Finanzkrise trifft die Kommunen ins Mark. Wie geht es da der Kultur ohne Geld? Unsere Korrespondenten berichten aus West und Ost, Nord und Süd. **Feuilleton, Seite 34**

Bewährtes wird legal

Kommunen und Bundesagentur für Arbeit sollen weiterhin gemeinsam die 6,7 Millionen Harzt IV-Empfänger betreuen dürfen – dafür wird nun die Verfassung geändert. Die Zeit drängt. **Politik, Seite 5**

Lebenslang nach 30 Jahren

Vor drei Jahrzehnten wurde Ursula Herrmann entführt. In einer Holzkiste erstickte sie. Am Donnerstag wurde der ehemalige Nachbar zu lebenslanger Haft verurteilt. **Deutschland und die Welt, Seite 9**

HRE-Chef gibt auf

Die Hypo Real Estate kommt nicht zur Ruhe: Der als Sanierer zur verstaatlichten Bank gekommene Axel Wieandt tritt zurück. Grund sollen Differenzen mit dem Rettungsfonds Soffin sein. **Wirtschaft, Seite 11**

Wests kann Robben stoppen

Auf dem Weg zum Sieg im Pokal-Halbfinale gegen den FC Schalke kann auch ein miserabler Rasen den Holländer nicht bremsen. Die Bayern fühlen sich für den Bundesliga-Endspurt gewappnet. **Sport, Seite 29**

Betongotik vom Feinsten

Nach sieben Jahren Umbau ist Freiburgs Augustinermuseum wieder eröffnet. Der Architekt Christoph Mäckler wandelte es zu modern dramatischen Stätte historischer Kirchenkunst um. **Feuilleton, Seite 31**

Schatten auf Köln

Das Ansehen des Immobilienstandorts Köln wird durch die Vorgänge um den U-Bahn-Bau in Mitleidenschaft gezogen. Noch machen Investoren aber keinen Bogen um die Stadt. **Immobilienmarkt, Seite 41**

Mitteilung des Verlags:

Immobilien- und Beteiligungsanzeigen auf den Seiten 23 und 42 bis 44

Elisabeth Noelle gestorben



Die Demoskopin – Die Sozialwissenschaftlerin Elisabeth Noelle ist am Donnerstag im Alter von 93 Jahren gestorben. Sie gilt als Begründerin der Demoskopie in Deutschland. Der Erforschung der öffentlichen Meinung hatte sie sich nach ihrem Studium in Berlin, Königsberg, in Amerika und nach ihrer Promo-

tion durch den Zeitungswissenschaftler Emil Dovifat verschrieben. 1947 gründete sie das „Institut für Demoskopie Allensbach“, das erste Meinungsforschungsinstitut in Deutschland. Das Bild zeigt Elisabeth Noelle am Abend der Bundestagswahl am 1. September 1969 in Bonn. **Seite 5**

Foto Agentur Bilderberg

Hilfspaket der EU für den Fall der Fälle

In Brüssel Beratungen über Griechenland / Merkel: Noch ist der Zeitpunkt nicht da

wmu./now/ban. BRÜSSEL/BERLIN, 25. März. Im Streit über mögliche Finanzhilfen an Griechenland hat sich unmittelbar vor Beginn des EU-Gipfeltreffens am Donnerstagabend in Brüssel eine Lösung abgezeichnet. Sie entspricht weitgehend der Linie, die vor allem Berlin und Paris zuletzt abgestimmt hatten und die Bundeskanzlerin Merkel schon vor Abflug nach Brüssel im Bundestag vortrug. Demnach wären „freiwillige“ bilaterale Hilfen der Euro-Staaten an Athen, an denen sich auch Deutschland beteiligen würde, die allerletzte Möglichkeit, wenn alle anderen Optionen ausgeschöpft wären. Zuvor musste vor allem der Internationale Währungsfonds (IWF) nicht nur mit seinem Rat, sondern auch mit seinen Mitteln eingebunden werden.

Die EU-Staaten versichern die griechische Regierung ihrer Solidarität, loben deren Sparprogramm und heben hervor, dass die Frage einer Finanzhilfe derzeit nicht akut sei, weil Athen nicht um Hilfe gebeten habe. Schon am 11. Februar hatten die Staats- und Regierungschefs der EU Griechenland „entschlossenes und koordiniertes Handeln der Euro-Staaten“ für den Fall zugesagt, dass es für die Sicherung der Finanzstabilität im Euro-Raum notwendig werden sollte.

Als positives Zeichen wurde in Brüssel gewertet, dass Deutschland und Frankreich ihre Meinungsverschiedenheiten in zentralen Fragen schon vor dem Gipfel überwunden hatten. Frau Merkel traf vor Beginn des Gipfeltreffens mit dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy zur Ab-

stimmung weiterer Details zusammen. Zu klären war, unter welchen Bedingungen Griechenland gegebenenfalls Hilfe erhalten soll. So war zunächst offen, wie genau das Kriterium einer „Überbeanspruchung“ Griechenlands an den internationalen Finanzmärkten zu definieren sei. Zur Debatte stand ferner die Rolle von Europäischer Zentralbank und der Europäischen Kommission beim Krisenmanagement. Besonders Frau Merkel und dem niederländischen Ministerpräsidenten Balkenende kam es auf die Klarstellung an, dass der Zeitpunkt, über konkrete Hilfen zu entscheiden, nicht gekommen sei. Berlin wollte zudem ein offizielles Treffen der Staats- und Regierungschefs der 16 Euro-Staaten zu Griechenland vermeiden. (Fortsetzung Seite 2; siehe auch Seite 12.)

Bundesregierung unzufrieden mit Ashtons Vorschlag

Westerwelle gegen „Doppelstrukturen“ im künftigen Auswärtigen Dienst der EU

nbu. BRÜSSEL, 25. März. Die EU-Außenbeauftragte Ashton hat am Donnerstag ihren Vorschlag zum Aufbau eines Auswärtigen Dienstes der EU vorgelegt, die viele Milliarden Euro umfassen und meist das wichtigste Mittel der EU zur Einflussnahme in Drittländern darstellt. Zuletzt hatten etliche Außenminister, unter ihnen Westerwelle, darauf beharrt, dass insbesondere für die Entwicklungshilfe nicht alleine die Kommission verantwortlich ist, sondern auch der künftige Dienst mitzubestimmen hat. Die Kommission hat dagegen eingewandt, dass sie laut EU-Vertrag für die Verwendung von Gemeinschaftsmitteln zuständig sei und darüber vor dem EU-Parlament Rechenschaft ablegen müsse.

Frau Ashton, die auch Vizepräsidentin der Kommission ist, schlägt nun ein Verfahren vor, bei dem sämtliche Entscheidungen zu Finanzhilfen von der Kommission beschlossen werden müssen. „Das gibt der Kommission de facto ein Veto-Recht“, sagte ein Beamter. Der Auswärtige Dienst wäre allerdings in die Planungsphase eingebunden, was in Brüssel als Arbeitsteilung dargestellt wurde: Bei den strategischen Entscheidungen, etwa darüber, ob mit einem Land im Handel, bei der Einwanderung oder bei der Entwicklung kooperiert werde, sei der Dienst eingebunden. Die konkrete Verwirklichung der Entscheidung sei dann Sache der Kommission. Frau Ashton schlägt dazu vor, dass die zuständigen Stellen im Dienst und in der Kommission gemeinsame Vorschläge erarbeiten sollen. (Fortsetzung Seite 2.)

Bald Mindestlohn in der Pflegebranche

enn. BERLIN, 25. März. Für rund 800 000 Beschäftigte in der deutschen Pflegebranche dürfte bald ein Mindestlohn gelten. Die zuständige Kommission einigte sich am Donnerstag auf einen Stundenlohn von 8,50 Euro im Westen und 7,50 Euro im Osten. Damit ist eine entscheidende Hürde genommen. Bundesarbeitsministerin von der Leyen (CDU) begrüßte die Einigung und sah gute Chancen auf Zustimmung in der Koalition. (Siehe Wirtschaft, Seite 14.)

Künast kritisiert runden Tisch

F.A.Z. FRANKFURT, 25. März. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, Renate Künast, hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) in einer aktuellen Stunde im Bundestag am Donnerstag vorgeworfen, beim Thema sexuellen Missbrauch „überfordert“ zu sein. Künast forderte eine unabhängigen Kommission statt des beschlossenen runden Tisches sowie die Einrichtung eines Fonds für Opfer verjährter Taten, in den die betroffenen Einrichtungen einzahlen sollten.

Wilhelm Kandidat beim Bayerischen Rundfunk

miha. FRANKFURT, 25. März. Der Intendant des Bayerischen Rundfunks, Thomas Gruber, tritt am 31. Januar 2011 von seinem Posten zurück, elf Monate vor dem offiziellen Ende seiner Amtszeit. Er wolle die Verantwortung in jüngere Hände legen, dies sei der richtige Zeitpunkt für einen Generationswechsel, sagte er. Als möglicher Nachfolger Grubers ist der Sprecher der Bundesregierung, Ulrich Wilhelm, im Gespräch. (Siehe Medien, Seite 39.)

Ein Dilemma

Von Günter Bannas

Angela Merkel und die deutsche Politik stecken nicht nur in diesen Tagen in Brüssel, sondern auch in den nächsten Monaten in einem europapolitischen Dilemma: Auf der einen Seite wissen die Bundeskanzlerin und ihr Finanzminister, dass ein Mitgliedsland der Europäischen Union wie Griechenland – und wer weiß schon, wer später noch dazu kommen könnte – nicht in die Zahlungsunfähigkeit gestürzt werden darf. Denn die Folgen wären fatal. In der Summe würden sie die (in der Finanzpolitik mittlerweile als schlimmen Fehlgriff bewertete) Entscheidung der amerikanischen Regierung übertreffen, die Investmentbank Lehman Brothers in die Insolvenz zu schicken. Domino-Effekte würden die Solidität des Euro, den Zusammenhalt der Euro-Zone und die Europäische Union insgesamt beschädigen. Staaten und Banken könnten in Schwierigkeiten geraten. Deshalb wollen Frau Merkel und Schäuble Griechenland letztlich doch helfen.

Auf der anderen Seite haben sie aber Rücksicht auf die Stimmung in Deutschland zu nehmen. Etwa Zeit-

gleich mit dem Umzug des Parlaments und der Regierung von Bonn nach Berlin wurde die Pro-Europa-Stimmung im Land gefühlsmäßig und realpolitisch immer schwächer. Das kommt im konkreten Fall in dem Satz zum Ausdruck: Sollen sich die Griechen doch selber helfen. Eigene Interessen, kurzfristig definiert, treten so stärker in den Vordergrund.

In ihrer Regierungserklärung zum Brüsseler Gipfeltreffen suchte die Bundeskanzlerin solchen Populismus auf ihre Art zu bekämpfen – mit Argumenten also, die nicht aus dem europapolitischen Vokabular vergangener Zeiten stammen: „Der Euro ist stabiler, als die D-Mark es je war.“ Und im Blick auf die verschiedenen Politikfelder vom Klimaschutz bis zum Finanzwesen wies sie darauf hin, dass kein Mitgliedsland der EU diese Aufgaben „im Alleingang“ bewältigen könne. Frau Merkels Warnung, im Euro-Raum dürfe nicht mit „Tricksereien“ gearbeitet werden, war vordergründig an andere Staaten, in Wirklichkeit aber auch an das deutsche Publikum gerichtet. Die Sorge ist, dass gerade derjenige anti-europäische Stimmungsschüre, der Griechenland (und anderen) bedingungslos helfen wolle. Dem will die Kanzlerin widerstehen und sagt: „Europa ist unsere Zukunft.“ Und Jürgen Trittin von den Grünen lobt Helmut Kohl.

Der Präsident enttäuscht

Von Michaela Wiegell

Die Regionalwahlen haben Frankreich aus dem politischen Winterschlaf gerissen. Das Land ist zu einem Pluralismus zurückgekehrt, der sich nicht länger auf die von Präsident Sarkozy einberufenen Kommissionen beschränkt. Die Sozialisten, auf die schon Grabreden gehalten wurden, haben ihr bestes Ergebnis seit 1981 erzielt. Die Nationale Front, deren Wähler Sarkozy absorbiert zu haben glaubte, feiert ihr Comeback als rechtspopulistische Protestpartei. Und die Grünen etablieren sich trotz der vom Präsidenten versprochenen ökologischen Wende als dritte Kraft.

Diese Wahlen markieren eine Zäsur in der Präsidentschaft Sarkozys. Sein Alleingestaltungsanspruch wird – drei Jahre nach dem Amtsantritt – nicht mehr erduldet. Er kann nicht länger durchregieren, auch wenn er weiter über eine Mehrheit in beiden Kammern des Parlaments verfügt. Mit Sarkozys Aura des Wahlmagiers ist auch die Disziplin im Präsidentenlager verschwunden. Schon suchen die UMP-Abgeordneten nach anderen Hoffnungsträgern, die sie in Gestalt des früheren Premierministers Dominique de Villepin oder des derzeitigen Regierungschefs François Fillon ausgemacht zu haben glauben.

Mit der Ankündigung, eine Partei zu gründen, hat Villepin indirekt schon seine Anwartschaft auf das höchste Staatsamt angemeldet. Fillon bleibt in Deckung. Und Sarkozy hat seine Absicht einer neuen Kandidatur bekundet, indem er schon jetzt für das zweite Halbjahr 2011 eine „Reformpause“ ausrief. „Nicht nur morgens beim Rasieren“ denkt er jetzt wieder an den Wahltermin. Obwohl die Präsidentschaftswahl erst im April 2012 stattfindet, hat in Frankreich ein verfrühter Wahlkampf begonnen.

Die Linke wiegt sich in der Hoffnung, ihr Sieg in den Regionen sei ein Vorzeichen für einen Machtwechsel im Elysée-Palast. Wer das Wahlergebnis aber schon als Anfang vom Ende der Ära Sarkozy interpretiert, der täuscht sich. Viele Wähler haben nicht ihr Vertrauen in die Regierungsfähigkeit der Linken, sondern Präsident Sarkozy ihre Enttäuschung bekundet. Ohnehin hat nur knapp die Hälfte der Wahlberechtigten die Gelegenheit ergriffen, die Wahl als Überdruckventil für ihren angestauten Unmut zu nutzen. Die andere Hälfte ist den Urnen ferngeblieben.

Die Franzosen waren schon immer ungeduldig. Deshalb lieben sie Revolutionen. Deshalb willigten sie 2007 in Sarkozys Schocktherapie („la rupture“) ein. Frankreich war endlich bereit, sich für den härteren Wettbewerb im Globalisierungszeitalter zu rüsten, nur schnell sollte es gehen. Sarkozy aber verzettelte sich. Er eröffnete so viele Baustellen (Justizwesen, Universitäten, Jobcenter, Internet-Raubkopien, Einwanderung, Schulen) gleichzeitig, dass niemand mehr verstand, was der große Baumeister anstrebte.

Schlimmer noch, er packte die großen Strukturreformen – Verringerung der Sozialabgaben, Sanierung der Renten- und der Krankenversicherung, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen – nicht an, als er noch von der Aufbruchstimmung getragen wurde. Dieser Fehler wiegt heute schwerer als die verpatzte Debatte über die nationale Identität oder die „Politik der Öffnung“ zur Linken, die viele Energien verzehrt, ohne eine Polarisierung zu verhindern.

Frankreich steht im dritten Amtsjahr Sarkozys schlechter da als am Ende der Ära Chirac. Die Arbeitslosenrate hat die symbolische Barriere von zehn Prozent überschritten. Das Haushaltsdefizit gerät außer Kontrolle, die Neuverschuldung erreicht

Die Regionalwahlen in Frankreich sind noch nicht der Anfang vom Ende der Ära Sarkozy.

schwindelerregende Höhen. Das ist nicht allein auf die internationale Wirtschaftskrise zurückzuführen. Sarkozy zaudert wie der Vorgänger Chirac, seinen Landsleuten ein schmerzhaftes Sparprogramm zuzumuten. Die meisten Franzosen erwarten vom Staatspräsidenten jetzt weniger Getöse und mehr Effektivität. Ihnen passt die ganze Richtung nicht mehr. Den einen geht der Staatsumbau zu schnell, den anderen zu langsam. Sie rebellieren gegen Sarkozys Führungsstil. Seine Feigheit und seine Husarenmanier ecken immer mehr an.

Die Regierungsumbildung mit dem kühlen Rechner Eric Woerth an der Spitze des Arbeits- und Sozialministeriums deutet darauf hin, dass Sarkozy es mit der Rentenreform ernst meint. Aber der Präsident muss künftig nicht nur eine Fronde im eigenen Lager verhindern, er sieht sich einer erstarkten Opposition gegenüber, die nun daran glauben will, dass sie nicht länger selbst ihr ärgster Feind sei. Die sozialistische Parteivorsitzende Martine Aubry ist für den Präsidenten eine deutlich unbequemere Gegnerin als Ségolène Royal. Am meisten fürchtet Sarkozy aber, dass IWF-Direktor Dominique Strauss-Kahn mit der Aura des Weltenlenkers pünktlich zur Präsidentschaftswahl nach Frankreich zurückkehren könnte. Auch deshalb gab es Vorbehalte, dem Internationalen Währungsfonds die Führungsrolle in der Griechenland-Krise zu überlassen.

Der Präsident steht jetzt an einem Scheideweg: Er könnte sich, weil er angesichts einer feindlichen öffentlichen Meinung nichts mehr zu verlieren hat, doch noch als anpackender Reformator erweisen. Oder er könnte sich wie sein Vorgänger in gallische Illusionen flüchten und der Wirtschaftsmacht Deutschland die Verantwortung für französische Rückstände zuweisen.



Briefe an die Herausgeber 35
Immobilienmarkt 41
Impressum 4
Deutschland und die Welt 7
Das Kreuzworträtsel 8

Das Dokument 9
Zeitgeschehen 10
Wirtschaft 11
Die Ordnung der Wirtschaft 12
Unternehmen 15

Menschen und Wirtschaft 18
Branchen und Märkte 19
Wetter 20
Finanzmarkt 21
Kurse 24

Sport 29
Feuilleton 31
Kulturkalender 36
Medien 39
Fernsehen und Hörfunk 40

STREIFZÜGE

Potsdam

Neuer Landtagsanfang

Nun bekommt auch Brandenburg, dessen Abgeordnete in einer maroden ehemaligen Kriegsschule auf dem Brauhausberg arbeiten, einen neuen Landtag. Der Entwurf stammt, das stimmt hoffnungsvoll, von dem Architekten Peter Kulka, der schon den ersten Landtagsneubau der östlichen Bundesländer, den in Dresden, geplant hat. Bei strahlendem Sonnenschein begannen am Donnerstag mit dem ersten Spatenstich die Bauarbeiten. Am Rande demonstrierten die Gegner der Koalition aus SPD und Linkspartei; sie skandierten „Pflü Platzeck!“, während die Gegner der historischen Schlossfassade in der Festmenge demonstrierten: „Wir waren, sind und bleiben dagegen“; die Freunde der historischen Rekonstruktion hatten in der Nähe ihren Stand aufgebaut.

Ermöglicht haben den Neubau mit der Knobelsdorffschen Fassade der Fernsehjournalist Günther Jauch und der SAP-Gründer Hasso Plattner. Jauch

initiierte mit Hilfe der Zementindustrie den Aufbau des Fortuna-Portals zum Stadtschloss, und Plattner spendete 20 Millionen Euro für die historische Fassade. Es werde das Haus der Potsdamer sein, sagte Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD), hier liege die lange verdrängte Mitte Potsdams, von hier aus sei die Stadt „komponiert“ worden, habe ihren Rhythmus und Maßstab erhalten. Über die bitteren Kontroversen zur Wiedergewinnung der Mitte nach den Verwüstungen durch Ulbrichts sozialistischen Städtebau huchte Finanzminister Helmut Markov (Linkspartei) mit der Bemerkung hinweg, der neue Landtag werde die Lücke schließen, die „der Zweite Weltkrieg und die Entwicklungen der Nachkriegszeit“ hinterlassen hätten.

1959/60 gesprengt, 2013 in veränderter Form und Funktion wiedererstand: Das ist nun die Perspektive. Platzeck sagte, er sei ausgelacht worden, als er als Potsdamer Oberbürgermeister seine Wünsche für die Wiederherstellung der Innenstadt geäußert hatte, und er erinnerte daran, dass die „Wiedererlangung des historischen Grundrisses“ auf einen Beschluss der ersten frei gewählten Stadtverordnetenversammlung zurückgeht. Heute ist die Partei, die sich vor allem als Anwalt der „Wohngebiete“ betätigt, im Landtag oben am Berg sein Koalitionspartner.

MECHTHILD KÜPPER



Junger Altbau

Europa hat mehr Gewicht als Amerika

Im IWF hat man die Brüsseler Skepsis nie verstanden / Von Patrick Welter

WASHINGTON, 25. März. Einige Wochen hat es gedauert, bis es die deutsche Regierung „für den Notfall“ nicht mehr ausschließen wollte, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) Griechenland zu Hilfe eilen darf. Damit ist auch der Widerstand anderer europäischer Länder gegen ein Hilfsversuchen Griechenlands an den IWF geschwunden. Ganz wollen die Europäer das Feld freilich nicht räumen: Eventuelle IWF-Kredite sollen mit Ausreichungen anderer EU-Staaten an Griechenland verbunden werden – „freiwillig“. Vorbilder für eine solche Mischung sind die Hilfszahlungen an Lettland, Ungarn und Rumänien.

Von den Einwänden, die in den vergangenen Wochen gegen eine Intervention des Währungsfonds vorgebracht wurden, ist in Brüssel nicht mehr viel zu hören. Viele der Argumente wurden im IWF, dessen Geschäftsführender Direktor Dominique Strauss-Kahn früh Hilfe angeboten hatte, nie als stichhaltig empfunden. Das gilt vor allem für den Einwand, dass der IWF über seine Kreditbedingungen Einfluss auf die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank nehmen könne. Dies ließe sich vertraglich ausschließen, heißt es in Washington. Ohnehin weiß der IWF, mit Krediten in Währungsunionen hinein umzugehen: So ist der Fonds mit Entwicklungshilfekrediten auch in Staaten der Westafrikanischen Währungsunion tätig.

Der Verzicht auf geldpolitische Empfehlungen in den Kreditbedingungen schmälert indes den Spielraum eines Anpassungsprogramms. Wäre Griechenland nicht Mitglied des Euro-Raums, wäre wohl eine kräftige Abwertung fällig, sagen viele Ökonomen. Diese Option könnte der IWF im griechischen Fall nicht erzwängen. Wegen des nicht vorhandenen nominalen Wechselkurses muss eine reale Abwertung über harte wirtschaftliche Anpassungen im Land erzwungen werden; das bedeutet unter anderem für viele Jahre Lohnzurückhaltung und geringere Staatsausgaben. Diese notwendigen Anpassungen, so argumentieren viele Ökonomen, ließen sich besser mit Hilfe des IWF durchsetzen als mit europäischen Auflagen allein. Der Druck soll von außerhalb Europas kommen, um Spannungen innerhalb der Währungsunion zu vermeiden. Der IWF baut Druck zur Anpassung auf, indem er seine Kredite nur in Tranchen vergibt. Jedes Vierteljahr überprüft eine Mission die Fortschritte. Danach wird neu entschieden, ob eine weitere Tranche des Kredits ausbezahlt wird.

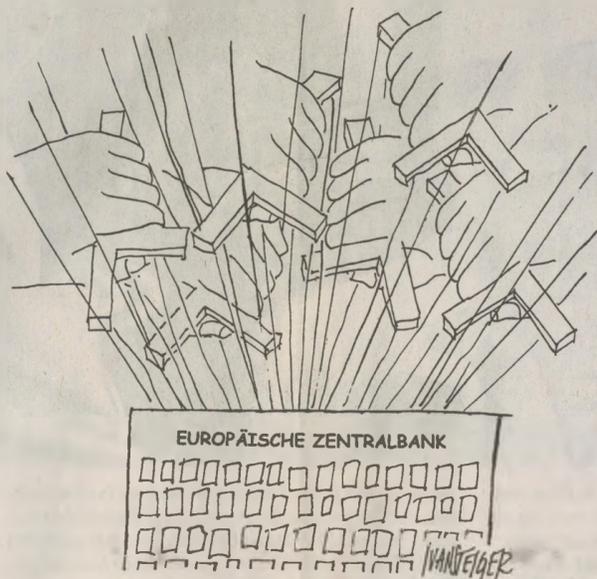
Auch das Argument, dass mit einem IWF-Kredit die Vereinigten Staaten über Griechenland ungebührlichen Einfluss auf die Wirtschaftspolitik in Europa nehmen könnten, wird in Washington abgetan. Ein Kredit an Griechenland wäre weitgehend eine europäische Angelegenheit, heißt es aus dem IWF. Bislang zumindest scheint Amerika kein Interesse zu zeigen, sich in diese Entscheidung einzumischen. Dafür sprechen auch die Stimmgewichte im Exekutivdirektorium, das über jeden Kredit und das damit verbundene

Anpassungsprogramm entscheiden muss. Die Vereinigten Staaten als größter Anteilseigner haben ein Stimmgewicht von 17,7 Prozent, die Staaten des Euro-Raums zusammen von 23,1 Prozent, die EU-Staaten kommen auf 31,9 Prozent.

Ein Hilfsersuchen an den IWF müsste von Athen ausgehen. Der Fonds funktioniert wie eine Genossenschaft von Staaten. Die Mitglieder zahlen beim Beitritt einen Kapitalbeitrag und gewähren sich aus dem gemeinsamen Topf im Fall einer Zahlungsbilanzkrise Kredit. Deshalb hinkt der Vergleich, der IWF helfe ja auch nicht Kalifornien: Der überschuldete amerikanische Bundesstaat ist nicht IWF-Mitglied. Zusammen mit Kreditlinien stehen dem Fonds derzeit rund 590 Milliarden Dollar zur Verfügung, 130 Milliarden Dollar davon sind gebunden, unter anderem

Der Währungsfonds aber berät Athen im Rahmen technischer Hilfestellung. Dabei geht es unter anderem um Fragen der Haushalts- und Steuerpolitik.

Die sich in Europa abzeichnende Lösung, den IWF zusammen mit europäischen Kreditlinien einzuspannen, ist nicht neu; sie ist in den vergangenen Jahren der Finanzkrise in Lettland, Ungarn und Rumänien getestet worden. Beim Hilfspaket für Lettland 2008 kamen 22,4 Prozent der insgesamt 7,5 Milliarden Euro vom IWF. In Ungarn (2008) trug der IWF 61,5 Prozent des Pakets von 20 Milliarden Euro, in Rumänien 2009 waren es 65 Prozent von 19,9 Milliarden Euro. Dabei haben die Regierungen der drei Länder die IWF-Kredite nur teilweise in Anspruch genommen, in Lettland zu rund 60 Prozent, in Ungarn und Rumänien zu je 72 Prozent.



knapp 60 Milliarden Dollar in ausstehenden Krediten. Nach einer Kreditanfrage schickt der Geschäftsführende Direktor eine Mission von Ökonomen in das Land, die die wirtschaftlichen Bedingungen und dabei vor allem die Finanzpolitik unter die Lupe nehmen. Die Mission einigt sich mit der Regierung auf ein vorläufiges Anpassungsprogramm, das vom Exekutivdirektorium gebilligt werden muss. Entscheidungen fallen dort üblicherweise im Konsens. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass alle Einwände einzelner Staaten schon vor dem Beschluss in internen Diskussionen aus dem Weg geräumt werden. Griechenland hat gegenüber den EU-Partnern zwar in den vergangenen Wochen mehrmals gedroht, die IWF-Karte zu ziehen. Ein Antrag liegt beim IWF aber nicht vor. Vorbereitende Gespräche über einen Kredit gebe es nicht, sagt eine Sprecherin.

Das Volumen eines IWF-Kredits bestimmt sich nach der Kapitalquote eines Mitgliedstaates, wobei der IWF von den üblichen Regeln deutlich abweichen kann. Nimmt man Lettland, Ungarn und Rumänien als Maßstab, könnte Athen etwa auf einen Kredit von zwischen 9 und 11 Milliarden Euro zählen. Kredite in dieser erhöhten Größenordnung vergibt der Fonds derzeit zum Zinssatz von 3,25 Prozent.

Ein gemeinsames Programm zur Stützung Griechenlands würde sich von den drei Präzedenzfällen in einem Punkt unterscheiden: Sprang Lettland, Ungarn und Rumänien die EU mit eigenen Kreditlinien bei, sollen im Fall des Euro-Landes Griechenland Hilfsbeiträge von den EU-Staaten kommen. So soll ein Verbot umgangen werden: Im Euro-Raum ist das finanzielle Herauspauken eines Krisenlandes (bail-out) nicht zulässig.

Fortsetzung von Seite 1

Hilfspaket für den Fall der Fälle

In deutscher Lesart hätte ein gleichsam offizieller Eurogruppen-Gipfel die Institutionalisierung einer „Wirtschaftsregierung“ für den Euro-Raum bedeutet, die Frankreich fordert und Deutschland ablehnt. Frau Merkel legte deshalb Wert darauf, dass der Ständige Präsident des Europäischen Rates, Van Rompuy, als Vertreter aller 27 EU-Staaten in die Beratungen eingebunden war.

Die Bundeskanzlerin plädierte abermals für „eine Mischung aus IWF und bilateralen Hilfen“. Der Vorsitzende der Euro-Gruppe, Luxemburgs Ministerpräsident Juncker, und der Vorsitzende der rotierenden EU-Ratspräsidentschaft, Spaniens Ministerpräsident Zapatero, gaben zu erkennen, dass die Lösung in einer solchen Mischung bestehen werde. „Wir sollten mit dem IWF anfangen“, sagte Balkenende. Die „Mischung“ wäre notwendig, weil der IWF den kompletten Refinanzierungsbedarf Athens voraussichtlich nicht allein decken könnte. In den Monaten April und Mai werden griechische Staatsanleihen in Höhe von insgesamt 22 Milliarden Euro fällig, das sind 40 Prozent des Gesamtbedarfs im laufenden Jahr. Athen setzt darauf, diese Anleihen am Markt refinanzieren zu können. Der IWF könnte bestenfalls etwas mehr als zehn Milliarden Euro beitragen.

Der griechische Ministerpräsident Papandreu wiederholte seine Überzeugung, dass sein Land seine Probleme selbst lösen könne. Er fügte aber hinzu, für den Fall des Falles bevorzuge er Staatsgarantien aller Euro-Staaten für Kredite der Europäischen Kommission. Die Bundesregierung hat diese Option mehrfach ausgeschlossen.

Mehrere Politiker rügten in Brüssel die zurückhaltende Berliner Position zu den Finanzhilfen an Athen. Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas, Rasmussen, hielt Frau Merkel vor, sie habe es zu verantworten, dass „zwei Monate vertan wurden“. Der luxemburgische Außenminister Asselborn bemängelte, in Deutschland würden „drei verschiedene Melodien gesungen: Die eine lautet überhaupt keine Hilfe, die andere heißt Europäischer Währungsfonds und die dritte heißt IWF.“ Weitere finanzielle Erleichterung erhielt Griechenland unterdessen von der Europäischen Zentralbank (EZB) zugesagt. EZB-Präsident Trichet, der am Gipfeltreffen teilnahm, kündigte zuvor vor dem Europaparlament in Brüssel an, die

Zentralbank werde die Regeln für die Annahme von Sicherheiten, die Finanzinstitute für frisches Zentralbankgeld hinterlegen müssen, vorerst nicht verschärfen. Damit bewahrt die EZB die griechischen Geschäftsbanken vor Engpässen bei der Geldbeschaffung. Diese wären entstanden, wenn die wegen der Wirtschaftskrise gelockerten Regeln wie bisher geplant Anfang 2011 auslaufen würden.

In ihrer Regierungserklärung hatte die Bundeskanzlerin am Morgen die Stabilität des Euro noch einmal als wichtigstes Ziel dargestellt. Sie sprach sich – als „ultima ratio“ – für internationale Hilfen zur Rettung Griechenlands aus, um einen Staatsbankrott zu vermeiden. Frau Merkel sagte vor dem Bundestag: „Es geht nicht um konkrete Hilfen, sondern um eine Spezifizierung und Fortschreibung der Entscheidungen vom 11. Februar.“ Frau Merkel sagte, der europäische Stabilitätspakt müsse gegen „Tricksereien“ geschützt werden. Griechenland habe den Stabilitätspakt unterlaufen; diese Möglichkeit sei in dem Pakt nicht berücksichtigt worden. „Tricksereien muss ein Riegel vorgeschoben werden.“

Frau Merkel wiederholte ihre Auffassung, es sollten Sanktionsmöglichkeiten geschaffen werden. Kritik, Berlin sei bei der Behandlung der Finanzkrise Griechenlands zögerlich, wies sie zurück. „Ein guter Europäer ist nicht unbedingt der, der schnell hilft.“ Ein guter Europäer sei vielmehr jener, der die Stabilität Europas nicht gefährde. Sie verwies überdies darauf, manche Vorhersagen hätten sich bisher nicht bewährt. Griechenland sei nicht zahlungsfähig. Absurd sei die Auffassung, die deutsche Exportwirtschaft belaste andere Staaten, bekräftigte die Kanzlerin.

Oppositionspolitiker kritisierten die Regierungserklärung. Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Angelica Schwall-Düren warf der Bundeskanzlerin Merkel eine „opportunistische Verhaltensweise“ vor. „Sie isolieren Deutschland in Europa.“ Der Vorsitzende der Grünen-Fraktion Trittin sagte, Frau Merkel habe die Krise durch ihren – mit Finanzminister Schäuble (CDU) abgestimmten – Vorschlag verschärft, gegebenenfalls sollten Euro-Länder den Währungsraum verlassen müssen. Der Vorsitzende der Linksfaktion Gysi forderte direkte EU-Hilfen für Griechenland.

Angela, ein bisschen Mut!

Die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Viviane Reding, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel zur Solidarität mit Griechenland aufgerufen. „Angela, ein bisschen Mut“, ermunterte die Christliche Demokratin aus Luxemburg die Kanzlerin am Donnerstagmorgen im belgischen Rundfunk. Sie wisse um die „ernsten Probleme“, die Frau Mer-

kel mit ihren Bundesbürgern habe, die mehrheitlich gegen Finanzhilfen für Griechenland seien, erläuterte Frau Reding. „Sag ihnen, dass wir solidarisch waren, als Deutschland sich wiedervereinigt hat“, sagte die Kommissarin. „Wir haben alle bezahlt, damit dies möglich wurde, und wir haben es nicht bereut.“ (AFP)

Heute

Jung verteidigt sich

Der frühere Verteidigungsminister Jung hat sich gegen Vorwürfe der Vertuschung verwahrt. Das könne er nur mit Nachdruck zurückweisen, sagte er vor dem Kundus-Ausschuss. **Politik, Seite 4**

Panne im Kongress

Das Repräsentantenhaus muss noch einmal über die Gesundheitsreform abstimmen und Präsident Obama muss sie ein zweites Mal unterschreiben – wegen Formfehlern, die im Senat entdeckt wurden. **Politik, Seite 6**

Sperma allein reicht nicht

Hat Jörg Kachelmann seine frühere Freundin vergewaltigt? Mit den Aussagen der beiden wird das nicht zu beantworten sein. Entscheiden wird das rechtsmedizinische Gutachten. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Lava Tours

Eine Fahrt zum Eyjafjallajökulls in Island ist schon etwas Besonderes. Jetzt ist sie noch interessanter geworden, denn der Gletschervulkan ist frisch ausgebrochen. **Deutschland und die Welt, Seite 8**

Der Papst und die Juden

Die Persönlichkeit Pius' XII. erschließt sich nicht allein aus seinem „Schweigen“ angesichts des Holocausts. Was dachte der Papst über den Staat Israel, was hielt er vom Zionismus? **Das Dokument, Seite 9**

Kranker Führer, armes Land

Kim Jong-il soll krank sein. Das behauptet eine offiziöse südkoreanische „Denkfabrik“. Auf jeden Fall mehrern sich die Zeichen dafür, dass ein Nachfolger für den Führer gesucht wird. **Zeitgeschehen, Seite 10**

Fortsetzung von Seite 1

Bundesregierung unzufrieden mit Ashtons Vorschlag

In der Entwicklungspolitik soll das unter Aufsicht des Entwicklungskommissars und in der Nachbarschaftspolitik unter Aufsicht des Nachbarschaftskommissars geschehen. Am Ende soll der jeweilige Kommissar die Vorschläge gemeinsam mit Frau Ashton der Kommission zur Entscheidung vorlegen. Alle Beteiligten müssten künftig eben viel zusammenarbeiten, sagte ein Beamter.

Die Mitgliedstaaten hatten sich gegen den Vorschlag verwahrt, dass die künftigen EU-Botschafter in aller Welt auch Weisungen von Kommissaren und vom ständigen Ratspräsidenten der EU entgegennehmen müssen, wie das Frau Ashton in einem früheren Entwurf vorgesehen hatte. Jetzt hat sie das Weisungsrecht des ständigen Ratspräsidenten – das Amt hat

derzeit der frühere belgische Ministerpräsident Herman Van Rompuy inne – fallengelassen. Frau Ashton schlägt aber vor, dass die Kommission in den Bereichen, für die sie laut EU-Vertrag zuständig ist (etwa Handel), Anweisungen an die EU-Botschafter geben kann. Ein Verfahren zur Ernennung der Botschafter, die an die Außenbeauftragten berichten, fehlt in dem Dokument. Es wird nur festgelegt, dass der Außenbeauftragte die Einrichtung oder Schließung von Botschaften obliegt, nach Absprache mit der Kommission und den Mitgliedstaaten. Auch hier hatte es jüngst Streit gegeben, weil Frau Ashton den Botschafterposten in Washington ohne Rücksprache mit den Mitgliedstaaten besetzt hatte. Für den organisatorischen Aufbau schlägt Frau Ashton eine

Struktur vor, wie sie aus früheren Entwürfen bekannt ist. Unter ihrer Leitung soll der Dienst von einem beamteten Generalsekretär mit zwei Stellvertretern geführt werden. Das entspricht dem französischen Modell und war im EU-Parlament auf Widerspruch gestoßen. Die Abgeordneten treten dafür ein, dass Frau Ashton drei Politiker als Stellvertreter erhält. Das Hauptquartier des Dienstes wird in Brüssel sein, er wird geographische Referate für einzelne Länder und Regionen sowie thematische Abteilungen für multilaterale Angelegenheiten (etwa UN-Themen) erhalten.

Die Mitgliedstaaten haben darauf bestanden, dass sie mindestens ein Drittel der vermutlich etwa 1000 bis 1200 Diplomaten (höherer Dienst) stellen, was Frau

Ashton in ihren Vorschlag aufgenommen hat. Mit allen Ortskräften an den ausländischen Vertretungen soll der Dienst auf etwa 6000 bis 8000 Mitarbeiter anwachsen. Frau Ashton hat auch festgehalten, dass es eine „bedeutende Präsenz“ von Mitarbeitern aus allen Mitgliedstaaten im Dienst geben soll. Das greift Sorgen der kleineren EU-Länder auf, dass sich vor allem Briten, Franzosen und Deutsche die Posten untereinander aufteilen.

Derzeit unterhält die EU-Kommission 137 Delegationen in Drittländern, aus denen die neuen EU-Botschaften hervorgehen sollen. Frau Ashton schlägt vor, dass die künftigen Botschaften auf Bitte der Mitgliedstaaten EU-Bürgern auch konsularischen Schutz in Drittstaaten gewähren. Das ist ein Wunsch, der vor allem von klei-

nen Mitgliedstaaten kommt, die nur wenige Botschaften in anderen Ländern unterhalten. Außerdem sollen die – bisher eher kleinen – militärischen Strukturen der EU in den Dienst eingegliedert werden.

Frau Ashtons Vorschlag geht nun an die Mitgliedstaaten, die den formalen Beschluss zur Gründung des Dienstes fassen müssen. Ursprünglich war geplant, das noch im April zu tun, vor den Parlamentswahlen in Großbritannien. In der EU bestand die Sorge, dass ein Regierungswechsel in London dazu führen könnte, dass Großbritannien das Projekt blockiert. Das EU-Parlament ist nicht formal am Grundsatzentscheidungsprozess beteiligt. Es will seine Vorstellungen aber über den Haushalt und das Personalstatut durchsetzen, denen es zustimmen muss.

STIMMEN DER ANDEREN

Europa und „Madame No“
Die Pariser Tageszeitung „Le Figaro“ meint zur Haltung Bundeskanzlerin Merkels in der Diskussion über Hilfszusagen für Griechenland:

„Die Krise in Griechenland hat das große Comeback der ‚Madame No‘ auf der europäischen Bühne eingeläutet. Ihr zunächst lautstark ausgedrücktes Zögern im Blick auf finanzielle Hilfen für Griechenland und ihr Mangel an Solidarität sind von den europäischen Nachbarn kritisiert worden, doch Merkel hat auf diese Weise in Deutschland punkten können. Sechs Monate nachdem sie mit einer Mitte-rechts Regierung an die Spitze des Staates wiedergewählt wurde, erlebt die Kanzlerin eine beispiellose Durststrecke. Diese droht die kommende Zeit ihres Mandats zu lähmen. ... Merkel nutzte die griechische Krise, um innenpolitisch wieder an Boden zu gewinnen.“

Warum Berlin in der EU so kühl agiert
Zum Standpunkt Deutschlands in der EU-Krise um Griechenland schreibt die Warschauer Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“:

„Deutschland agiert heute in der EU so hart wie niemals zuvor. Die Kanzlerin ändert die bisherige deutsche Formel, nach der Bonn und dann Berlin die EU ohne Murren finanzierten. ... Das war ein halbes Jahrhundert lang so gewesen, wird aber künftig nicht mehr so sein. ... Berlin wird möglicherweise nachgeben, damit Geld nach Athen fließen kann. Die Spielregeln innerhalb der EU wurden aber bereits geändert. Deutschland wird um seine Vorteile so entschieden kämpfen, wie das seit Jahren Franzosen, Spanier oder Briten tun. Europa muss sich damit abfinden.“

Nun regnet es überall hinein
Zum Ringen in der EU um Hilfszusagen für Griechenland äußert die Tageszeitung „Die Presse“ (Wien):

„Die Europäische Union ist zwar aus einer Krise entstanden, doch ist sie nicht für Krisen gebaut. Das beweisen wieder einmal die aktuellen Wirtschafts- und Finanzmarktprobleme. Da wird hilflos um Regulierungen für die Finanzmärkte gerungen, während sich schon die nächste Spekulationsblase bildet. Da wird hektisch über eine legale Möglichkeit einer Hilfe für Griechenland diskutiert, während die Finanzmärkte mit Portugal schon das nächste Euro-Land in den Würgegriff nehmen. Die EU und erst recht ihr Euro sind Produkte einer Schönwetterphase, in der ein Glaube an ständiges Wachstum und Stabilität die gemeinsame Politik geprägt hat. Doch jetzt regnet es überall hinein.“

Tel Aviv verschätzt sich zunehmend
Zum Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu bei Präsident Barack Obama lesen wir in der Tageszeitung „The Times“ (London):

„Israel hat nicht nur ein Recht zu existieren. Es ist ein demokratisches Land mit Recht auf Souveränität, Sicherheit und Unabhängigkeit. ... Aber in seiner Haltung bezüglich der Siedlungen scheint es sich mehr und mehr zu verschätzen. Israel hat oft darauf gewettet, dass Amerika keine offene Konfrontation mit seinem Bündnispartner im Nahen Osten riskieren würde. Man dachte, die Bedrohung durch Iran und die proisraelische Einstellung der amerikanischen Elite würden die enge Allianz intakt halten. Obama freilich ist kein typischer amerikanischer Präsident.“

Obama müsste Israel Einhalt gebieten
Zum Streit zwischen den Vereinigten Staaten und Israel über die israelische Siedlungspolitik heißt es in der Tageszeitung „El País“ (Madrid):

„Barack Obama muss Israel und dessen provokativer Siedlungspolitik Einhalt gebieten. Der amerikanische Präsident wurde vom israelischen Ministerpräsidenten Netanjahu in eine Grenzsituation gebracht. Wenn Washington in dieser Frage, auf die die gesamte Weltöffentlichkeit blickt, den Kürzeren zieht, ist nicht nur die amerikanische Nahost-Politik in Gefahr, sondern die Außenpolitik Washingtons insgesamt. ... Für Obama ist es nun an der Zeit, eine rote Linie zu ziehen. ... Der Antiamerikanismus in aller Welt und die Schwierigkeiten Washingtons im Irak und in Afghanistan nehmen zu.“

Es gärt in der Union
Der Kölner „Express“ befasst sich mit der Stimmungslage in der Union:

„In der Union gärt es. Es sind nicht nur die ständigen Querschüsse der CSU, die für ein mieses Klima sorgen. Auch innerhalb der CDU rumort es. Das Zeugnis, das der Wirtschaftsflügel der Christdemokraten der Regierung ausstellt, ist miserabel. „Gefordert sind Führung und politische Kraft“, mahnt sein Präsident Kurt Lauk. Ein Fingerzeig, den vor allem Kanzlerin Merkel beherzigen sollte. Wie zu Zeiten der großen Koalition mit der SPD moderiert sie mehr, als dass sie richtungweisende Impulse setzt. Wo klare Ansagen gefordert wären, verliert sie sich viel zu oft im Nebel des Unverbindlichen. Die Quittung: Nach einer Umfrage ist Schwarz-Gelb so unpopulär wie seit zehn Jahren nicht mehr.“

Missbrauch – hilft nun ein „Runder Tisch“?

Zur Einrichtung eines sogenannten „Runden Tisches“ im Zusammenhang mit den jüngsten Missbrauchsfällen bemerken die „Dresdner Neuesten Nachrichten“:

„Der Runde Tisch als Mittel der Konfliktlösung – das Modell hat sich bewährt. Doch es gibt ein Problem: Vor jeglicher Konsenssuche muss größtmögliche Erkenntnis stehen. Und dafür ist es zu früh. Die Tragweite der Missbrauchsfälle ist angesichts der Menge an Berichten, die täglich neu zu lesen sind, nicht abzusehen. Problematisch ist auch, dass am Runde Tisch nicht mit den Opfern geredet wird, sondern über sie. Die Möglichkeit, zu Ergebnissen zu kommen, besteht nur, wer Institutionen einen gewissen Druck zum Handeln verspüren. Warum aber sollten Vereine und Verbände, die derzeit nicht in der Kritik stehen, mehr als wohlgemeinte Selbstverpflichtungserklärungen abgeben?“

Hoffen auf eine neue „Kultur des Hinschauens“
Die „Rhein-Neckar-Zeitung“ (Heidelberg) hofft auf eine neue „Kultur des Hinschauens“:

„Ob der Runde Tisch reinen Tisch mit diesem Skandal machen kann, ist offen. Belastet war das Vorhaben zunächst durch polemische Schuldzuschreibungen. Inzwischen ist jedoch erwiesen: Kindesmissbrauch durch Pädophile ist kein ausschließlich kirchliches Problem. Sondern eines der Gesellschaft insgesamt. Wohl sind die Erwartungen an den Runde Tisch zu hoch gehängt. Aber er sollte jene Kultur des Hinschauens fördern, die potentielle Opfer am besten schützt. Und er kann die Anforderungen an alle, die mit Jugendlichen arbeiten, auf diesen wunden Punkt hin neu definieren und schärfen.“

Jean-Claude Trichet

Ein Anker der Stabilität und des Vertrauens

Wie versprochen ist der Euro so „hart wie die D-Mark“. Die Europäische Währungsunion ist jedoch sehr viel mehr als ein rein monetäres Arrangement. Sie ist auch eine Schicksalsgemeinschaft. Um die Folgen der Finanzkrise zu überwinden, müssen sich daher alle öffentlichen und privaten Entscheidungsträger ihrer Verantwortung stellen.



Mit Kopf und Herz für den Euro: EZB-Präsident Jean-Claude Trichet blickt stolz auf „sein“ stabiles Geld.

Foto dpa

„Der Euro hält
Vergleichen mit der
D-Mark in Sachen
Stabilität ohne
weiteres stand.“

kerung der Inflationserwartungen beige-
tragen hat. Die Definition war hilfreich so-
wohl in Zeiten erhöhten Inflationsdrucks
– zuletzt im ersten Halbjahr 2008 auf-
grund der hohen Ölpreise – als auch in Zei-
ten, in denen an den Märkten Deflationsri-
siken diskutiert wurden – wie etwa zum
Höhepunkt der Finanzkrise im September
2008.

Die gegenwärtige Finanzkrise stellt
einen Einschnitt dar, wie ihn die Weltwirt-
schaft seit dem Zweiten Weltkrieg nicht
erlebt hat. Die Herausforderungen, die
sich aus der Krise ergeben, sind gewaltig,
und auf vielen Gebieten stehen wir noch
am Anfang, unvermeidbare Veränderungen
umzusetzen. Allen Akteuren ist klargewor-
den, dass sich in einer global vernetzten
Welt Fehler auf individueller Ebene – zum
Beispiel in Form von nicht tragfähigen Ge-
schäftsmodellen einzelner großer Banken
– auf gesamtwirtschaftlicher Ebene sehr
schnell zu Entwicklungen verstärken könn-
en, die das System als Ganzes in gefährli-
che Schieflagen bringen. Dies gilt zumal
dann, wenn die Ausgangssituation durch
ausgeprägte Ungleichgewichte gekenn-
zeichnet ist, so etwa in den Leistungsbilan-
zen wichtiger Volkswirtschaften. Nur
durch ein außerordentlich schnelles, um-
fangreiches und vielfach gut abgestimm-
tes Eingreifen von Geld- und Fiskalpolitik
ist es im Herbst 2008 gelungen, den Panik
auf den Märkten einzeln zu gebieten und
anschließend eine weitgehende Stabilisie-
rung zu erreichen. Gerade auch in Europa
hat das Krisenmanagement funktioniert.
Dies sollte nicht vergessen werden, wenn
es nun darum geht, die notwendigen Leh-
ren aus der Krise zu ziehen: weltweit, auf
europäischer Ebene und in den einzelnen
Mitgliedsländern des Euro-Raums.

Auf internationaler Ebene – im Rah-
men der Länder der G 20 und unterstützt
vor allem durch die Arbeit des Finanzstabi-
litätsrats – besteht Einvernehmen dar-
über, dass das globale Finanzsystem sehr
viel widerstandsfähiger und weniger kri-
senanfällig gemacht werden muss. In der

EU wird die Kooperation unter den nati-
onalen Aufsichtsbehörden durch die Schaf-
fung eines europäischen Rahmens der Fi-
nanzaufsicht verbessert. Darüber hinaus
wird ein Europäischer Ausschuss für Sys-
temrisiken etabliert, der frühzeitige War-
nungen und Empfehlungen aussprechen

wird, um das Entstehen von Risiken für
das Finanzsystem als Ganzes zu verhin-
dern. Die EZB wird das Sekretariat für die-
sen Ausschuss stellen und ihn analytisch
und organisatorisch unterstützen.

Die Krise zwingt uns, in sorgfältiger
Analyse Fehlentwicklungen aufzuzeigen
und im politischen Prozess auch gegen
Widerstände zu korrigieren. Zugleich
sollten wir aber auch benennen, was sich
bewährt hat und woran es festzuhalten
gilt. Auf makroökonomischer Ebene, wie
ich bereits bei anderer Gelegenheit be-
tont habe, zählt es gewiss nicht zu den
Lehren aus der Finanzkrise, dass zukünf-
tig höhere Inflationsraten angestrebt wer-
den sollten. Den offensichtlichen Kosten
höherer Inflation – nicht zuletzt in Form
von höheren Risikoprämien und höheren
langfristigen Zinsen – stünde kein er-
kennbarer gesamtwirtschaftlicher Nut-
zen gegenüber. Und wir sollten nie ver-
gessen, dass niedrige Inflationsraten die
Kaufkraft bewahren, und zwar insbeson-
dere die unserer einkommensschwachen
Mitbürger. An dieser grundlegenden Ein-
schätzung hat sich durch die Finanzkrise
nichts geändert: Entgegen den Befürch-
tungen mancher Kritiker haben die von
der EZB ergriffenen außergewöhnlichen
geldpolitischen Maßnahmen auch in ei-
nem Umfeld temporär negativer Inflati-
onsraten zielgenau gewirkt, so dass sie
nunmehr bei einer sich normalisieren-
den Inflationseinschätzung und einer all-
gemeinen Markterholung schrittweise zu-

rückgeführt werden können. Die EZB
wird ihre Definition von Preisstabilität
beibehalten.

Ein Wesensmerkmal der EZB und der
nationalen Zentralbanken des Euro-Sys-
tems ist ihr langfristig orientiertes Han-
deln. In einem Umfeld, das in der Regel
durch kurzfristige Zeithorizonte geprägt
ist, unterscheidet sich die EZB durch ihre
Langfristorientierung sowohl von der all-
gemeinen Politik als auch vom privaten Fi-
nanzsektor.

Es kann nicht überraschen, dass das po-
litische Handeln in Demokratien zwangs-
läufig stark von Wahlzyklen bestimmt ist.
Dies begünstigt gerade auf dem Gebiet
der Finanzpolitik ein kurzfristiges, an
Wahlterminen ausgerichtetes Handeln
und schafft im Ergebnis eine Tendenz zur
Kreditfinanzierung öffentlicher Aufgaben
und steigender Staatsverschuldung. Wie
von der Literatur zur politischen Ökonomie
herausgearbeitet, liegt diese Kurzfrist-
orientierung in der Logik des politischen
Prozesses selbst begründet, der in regelmä-
ßigen Abständen eine neue demokrati-
sche Legitimation der politischen Handeln-
den durch Wahlen erfordert. Übertriebene
Kurzfristorientierung kann und sollte
jedoch durch fiskalische Regeln korrigiert
werden, die auf Nachhaltigkeit der öffentli-
chen Finanzen hinwirken. Beispiele hier-
für sind der Stabilitäts- und Wachstums-
pakt und die jüngst beschlossene, sehr zu
begrüßende Schuldenbremse im deut-
schen Grundgesetz.

Im privaten Finanzsektor ist das Han-
deln oft von kurzfristiger Gewinnorien-
tierung geleitet. Gewinnorientierung ist legi-
tim und eine wichtige Triebfeder in einer
marktwirtschaftlichen Ordnung. Allzu
kurzfristiges Denken ist jedoch problemati-
sch. Die exzessive Kurzfristorientierung
war eine der großen Fehlentwicklungen
im Finanzsektor. Verstärkt wurde sie un-
ter anderem durch Vergütungssysteme,
die zu falschen Anreizen führten. Die
zeit diskutierten Reformen zielen deshalb
zu Recht darauf ab, im Finanzsektor ne-
ben anderen Fehlreizen die übermäßige
Kurzfristorientierung zu beseitigen. Goethes
Wort zu Eckermann aus dem Jahr
1830 hat gerade heute wieder besondere
Bedeutung: „Die Hauptsache ist, daß man
lerne, sich selbst zu beherrschen. Wollte
ich mich ungehindert gehen lassen, so
läge es wohl in mir, mich selbst und meine
Umgebung zugrunde zu richten.“ Wir ha-
ben die Akteure im Finanzsektor eindring-
lich zu ihrer Verantwortung einer Selbst-
beschränkung ermahnt. Gewinne sollten
nicht verwendet werden für unangemes-
sene Bonuszahlungen, sondern dafür, Bilan-
zen zu stärken, um so eine angemessene
Kreditversorgung sicherzustellen.

Das Handeln der Europäischen Zentr-
bank und der nationalen Zentralbanken
des Euro-Systems unterliegt keinen Wahl-
zyklen. Im Gegenteil: Die Lang-
fristorientierung des Handelns wurde ex-
plizit durch ein weitreichendes institutio-
nelles Arrangement abgesichert, welches
die EZB und die nationalen Zentralban-
ken des Euro-Systems vollständig unabhän-
gig macht von politischer Einflussnahme
auf europäischer wie auf nationaler
Ebene.

Die Unabhängigkeit der Zentralbanken
ist Ergebnis eines langen historischen
Lernprozesses im Zeitalter des Papiergel-
des. Aufgrund besonders schmerzhafter
Erfahrungen in der deutschen Geschichte
verfügte die Bundesrepublik Deutschland
früher als die meisten anderen Länder Euro-
pas über eine unabhängige Zentral-
bank. Ich selbst war der erste Gouverneur
der vollständig unabhängigen französi-
schen Zentralbank vor mehr als sechzehn
Jahren. Das erfolgreiche Modell der unabhän-
gigen Zentralbank wurde „europäisiert“
und zum Vorbild für die EZB und das
Euro-System.

Heute gehört es zu den gut belegten Ein-
sichten der Wirtschaftswissenschaft, dass
unabhängige Zentralbanken besser in der
Lage sind, niedrige und stabile
Inflationsraten zu gewährleisten, als
solche Zentralbanken, die politischem Ein-
fluss unterliegen. Empirische Bestätigun-
gen dieses Befundes gehen insbesondere
auf Arbeiten von Cukierman (1992) und
Alesina und Summers (1993) zurück.
Obwohl dieser Befund für viele geldpoliti-
sche Praktiker nicht überraschend sein
mag, ist er doch erst durch die Analyse des
Zeitinkonsistenzproblems der Geldpolitik
theoretisch klar fundiert worden. Grund-
legende theoretische Arbeiten hierzu stam-
men von Kydland und Prescott (1977) und
Barro und Gordon (1983). Diese Studien
legen dar, dass die Geldpolitik in der
kurzen Frist der Versuchung ausgesetzt
ist, durch einen expansiven Kurs einen ver-
meintlich belastbaren „Trade-off“ zwi-
schen Beschäftigung und Inflation aus-
zunutzen. Langfristig jedoch besteht ein
solcher Trade-off nicht, da durch die
Anpassung von Inflationserwartungen ein
solcher Kurs systematisch vorweggenom-
men und damit vollständig wirkungslos ge-
macht würde. Im Resultat entstünde ledig-
lich höhere Inflation ohne positiven Be-
schäftigungs- und Wachstumseffekt.

Das Mandat der EZB und ihr unabhän-
giger Status sind in den europäischen Ver-
trägen festgelegt. Diese Verträge wurden
in allen Mitgliedstaaten durch demo-
kratisch gewählte Parlamente ratifiziert, in
einigen Ländern durch Volksabstimmun-
gen. Die Kernelemente der Währungsuni-
on – Preisstabilität als vorrangiges Ziel
der Geldpolitik und eine unabhängige
Zentralbank – sind vom Vertrag von Maas-
tricht im Jahr 1992 über alle Vertragsre-
visionen hinweg unverändert geblieben.
Entsprechend wurden sie bei der Ratifizie-
rung des Lissabon-Vertrags erneut – von
zwischen 27 EU-Staaten – bestätigt und
legitimiert. Die Mitglieder der Entsch-
eidungsorgane der EZB werden von demo-
kratisch gewählten Politikern berufen.
Darüber hinaus gibt es besondere Voga-
ben, um die persönliche Unabhängigkeit
der geldpolitischen Entscheidungsträger
zu sichern. So ist beispielsweise für Mit-
glieder des EZB-Direktoriums die Amts-
zeit auf acht Jahre ohne die Möglichkeit
der Wiederernennung begrenzt. Zusam-
mengekommen verbinden die vertragli-
chen Grundlagen der Währungsunion die
Unabhängigkeit der EZB mit einer klaren
demokratischen Legitimation.

Preisstabilität liegt im wohlverstan-
denen langfristigen Interesse der Bürger.
Ein stabiles Preisniveau dient der Gesell-
schaft als Ganzes, nicht Partikularinteressen.
Preisstabilität sichert die Kaufkraft der
Einkommen und den Wert der Ersparnis-
se. Sie verhindert willkürliche Umvertei-
lung und begünstigt Beschäftigung und
Wachstum. Nur bei einem stabilen Preisni-
veau ist der Preismechanismus – das zen-
trale Steuerungselement von Angebot und
Nachfrage in einer Marktwirtschaft –
transparent und effizient.

Diese Erkenntnisse haben nicht zulet-
zt in der deutschen Wirtschaftswissenschaft
eine gute Tradition. So hat Walter Eucken
(1952), einer der geistigen Väter der Or-
dnungspolitischen deutscher Prägung und
der Sozialen Marktwirtschaft, Preisstabilität
– in seiner damaligen Diktion das „Primat
der Währungspolitik“ – zu Recht als eines

der konstituierenden Prinzipien einer
Wettbewerbsordnung bezeichnet. Ihm
schwebte eine „Währungsverfassung mit
einem Stabilisator des Geldwertes“ vor,
die Inflation und Deflation vermeidet und
„möglichst automatisch“ funktioniert.

Die Währungsverfassung der EU reflektiert
einen in Jahrzehnten in Europa ge-
wachsenen Stabilitätskonsens. Die EZB
mit ihrer vertraglich gesicherten
Unabhängigkeit wirkt als Stabilisator des
Geldwertes. Einen vollständigen Autori-
tismus bei der Sicherung des Geldwertes
gibt es nicht, aber die klare Festlegung auf
das vorrangige Ziel der Preisstabilität lie-
fert der europäischen Geldpolitik den
Kompass für alle Entscheidungen.

Gelegentliche Spannungen zwischen
unabhängigen Zentralbanken einerseits
und Regierungen sowie Verbandsinter-
essen aus der Wirtschafts- und Finanzwelt
andererseits sind in Demokratien nicht un-
gewöhnlich. Angesichts der unterschiedli-
chen Zeithorizonte der Akteure liegen sie
vielmehr in der Natur der Sache. So sahen
sich in Deutschland die Bundesbank und
ihre Vorgängerin, die Bank deutscher Län-
der, immer wieder der Kritik ausgesetzt.
Ein frühes Beispiel ist die bekannte Rede
Adenauers aus dem Jahr 1956, in der er
eine Zinserhöhung als „Fallbeil für die
kleinen Leute“ brandmarkte. Auch die
EZB kann sich über einen Mangel an Rat-
schlägen aus dem politischen Raum nicht
beklagen. Sie steht damit in der guten Tra-
dition unabhängiger Zentralbanken. U-
nterschiedlich ist die EZB, im Jahre 2004 die
Zinsen nicht zu senken und sie gegen
Ende des Jahres 2005 zu erhöhen, wurde
dies von einigen Regierungen im Euro-
Raum kritisiert. Im Nachhinein würde
wohl niemand die Angemessenheit der da-
maligen Entscheidung bestreiten. Diese

„Ein stabiles
Preisniveau dient
der Gesellschaft als
Ganzes, nicht
Partikularinteressen.“

Beispiele sind auch insofern bezeichnend,
als sich die Kritik fast immer an restrikti-
ven Maßnahmen der Geldpolitik entzün-
det. Expansive Maßnahmen werden hinge-
gen so gut wie nie kritisiert. Auch dies
spiegelt die unterschiedlichen Zeithorizon-
te wider, die unabhängige Zentralbanken
auf der einen und auf Zeit gewählte Re-
gierungen sowie organisierte Interessengrup-
pen auf der anderen Seite im Auge haben.

Mit Blick in die Zukunft stellt die
Finanzkrise die Geld- und Fiskalpolitik
vor erhebliche Herausforderungen.

Die geldpolitischen Maßnahmen, die
das Euro-System im Zuge der Finanzkrise
ergriffen hat, waren von Anfang an so an-
gelegt, dass sie bei einer Verbesserung des
Umfelds vergleichsweise leicht und gradu-
ell zurückgenommen werden können. Das
Ziel der Preisstabilität ist dabei zu keinem
Zeitpunkt aus dem Blick geraten, und mit-
terweile hat die Rückführung der Maßnah-
men begonnen.

Auf dem Gebiet der Fiskalpolitik ist die
Situation komplizierter. Weltweit sind die
Budgetdefizite vieler Nationalstaaten krisen-
bedingt kräftig angestiegen, wobei der
Euro-Raum im Durchschnitt seiner Mit-
gliedsländer bei weitem nicht an erster
Stelle zu nennen ist.

Wachsende Schulden bergen nicht nur
Potential für zunehmende Konflikte zwi-
schen Finanzpolitik und Geldpolitik. Sie
belasten vor allem zunächst die Tragfä-
higkeit der öffentlichen Finanzen in den be-
troffenen Ländern. Deshalb ist es im Inter-
esse jedes einzelnen Landes, möglichst
schnell zu soliden Staatsfinanzen zurück-
zukehren.

Europa steht gegenwärtig vor bedeutsa-
men Entscheidungen. Daher ist es wichti-
ger denn je, zu erkennen, dass das Wohler-
gehen der Währungsunion angemessenes
Handeln von allen Verantwortlichen ver-
langt. In welche Richtung auch immer die
weiteren Entscheidungen gehen werden:
Das wichtigste ist, dass die europäischen
Entscheidungsträger ihrer Verantwortung
gerecht werden. Dies sollte nicht nur für
die europäischen Institutionen gelten, wie
das Europäische Parlament, die Kommissi-
on und die Europäische Zentralbank. Es
ist ebenso unerlässlich, dass die Regierun-
gen selber ihre Verantwortung zur gegen-
seitigen Überwachung der Wirtschaftspoli-
tiken innerhalb der Euro-Gruppe und
des Europäischen Rats rigoros umsetzen.

Ich bin zuversichtlich, dass Europa
Wege finden wird, dies zu erreichen.
Europa ist es seit sechzig Jahren immer
wieder gelungen, aus Krisen gestärkt her-
vorzugehen. Wie ich gestern vor der Ple-
narversammlung des Europäischen Parla-
ments hervorgehoben habe, ist die Euro-
päische Währungsunion sehr viel mehr
als ein rein monetäres Arrangement. Sie
ist vielmehr auch eine Schicksalsgemein-
schaft. Um die Folgen der Finanzkrise zu
überwinden, müssen alle öffentlichen und
privaten Entscheidungsträger sich ihrer
Verantwortung in ihrem jeweiligen Aufga-
benbereich stellen. Für die EZB bedeutet
dies, dass sie ihr Mandat – die Gewährlei-
stung stabiler Preise – auch in der Zukunft
genauso unabhängig und unnachgiebig
wahrnehmen wird, wie sie dies in der Ver-
gangenheit getan hat. Die EZB wird ein
Anker der Stabilität und des Vertrauens
bleiben. Sie steht damit an der Seite der
Bürger. Und sie wird ihren unverwechsel-
baren Beitrag leisten, durch stabile Preise
langfristige Interessen und Zukunftsch-
ancen von uns allen zu wahren.

Der Autor



Jean-Claude Trichet ist seit November 2003 Präsident der Europäischen Zentralbank und damit der Herr des Euro. In der weltweiten Finanzkri-

se und Rezession hat der 67 Jahre alte Franzose seinen Ruf als stabilitätsorientierter, unabhängiger Geldpolitiker gemehrt – und damit die Reputation der jungen Währung. Auch im letzten Amtsjahr beschäftigen ihn die Folgen der Krise. Dabei ist der Ökonom zuversichtlich, dass die Notenbank Kurs halten wird. Größere Sorgen bereiten ihm der Umgang der EU-Regierungen mit den hohen Staatsschulden und der Zusammenhalt im Euro-Raum. (hig.)

Bankenabgabe darf von Steuer abgesetzt werden

ami. BERLIN, 25. März. Die von der Koalition geplante Bankenabgabe könnte für den Finanzminister teuer werden. Die Kreditinstitute hätten das Recht, die vom Bund als Finanzpolster für künftige Krisen erwogene Abgabe als Aufwand steuerlich geltend zu machen. Das ist das Ergebnis einer interministeriellen Beratung. Das Innen- und Justizministerium hätten darauf hingewiesen, hieß es in informierten Kreisen. Bei dem unlängst von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in dieser Zeitung auf jährlich eine Milliarde Euro bezifferten Volumen für die Abgabe würden die zu erwartenden Steuerausfälle rechnerisch im Jahr bei rund 300 Millionen Euro liegen, hätten Fachleute vorgerechnet. Einen Ausweg aus dem Dilemma hätten sie nicht weisen können. Die Spitzen der Koalition hatten sich am Sonntagabend darauf geeinigt, eine solche Bankenabgabe zu erheben. Das Bundeskabinett will die Eckpunkte zur Bankenabgabe nächste Woche verabschieden. Die Abgabe soll helfen, künftige Krisen zu vermeiden und sie gegebenenfalls leichter zu bewältigen. Schäuble hatte dieser Zeitung gesagt, als Grundlage für die Erhebung der Abgabe könne die Bilanzsumme abzüglich Eigenkapital und Einlagen zugrunde gelegt werden. Damit würden die Sparkassen und Volksbanken nur gering belastet. Die Belastungen je Institut sollten von der „Risikoorientierung der jeweiligen Bank“ abhängig gemacht werden. Die Sparkassen hatten „schwere Konstruktionsfehler“ moniert. Großbanken könnten durch Bilanztricks ihren Anteil an der Abgabe klein rechnen. Sparkassen fehle Geld für Kredite an den Mittelstand.

Heute



Trichets Anker der Stabilität

Wie versprochen ist der Euro so „hart wie die D-Mark“. Die Währungsunion ist aber mehr als ein monetäres Arrangement, sagt der EZB-Präsident. Ordnung der Wirtschaft. Seite 12

Konjunkturpaket wird weich

Union und FDP bereiten in aller Stille eine Gesetzesänderung vor, nach der Länder und Kommunen nicht länger zusätzlich eigenes Geld investieren müssen, wenn sie Bundesmittel wollen. Seite 13

Gehaltsballons

Von wegen gleiche Bezahlung: Bis zu diesem Freitag müssen Frauen statistisch gesehen arbeiten, um auf das Gehalt von Männern aus dem vergangenen Jahr zu kommen. Seite 14

Bahn mit Gewinn und Sorgen

Die staatlichen Ausgabenprogramme haben der Deutschen Bahn geholfen. Die Probleme im Schienengüterverkehr, mit S-Bahnen und ICE-Zügen belasten den Konzern allerdings. Seite 15

Würth zieht Bilanz in Zürich

Reinhold Würth zieht es in die Schweiz. Das ist das Signal, das bleibt, wenn die Bilanzpressekonferenz der Würth-Gruppe dieses Jahr nicht am Firmensitz stattfindet, sondern am Flughafen Zürich. Seite 15

Rohwedder findet kein Geld

Der Automatisierungsspezialist Rohwedder steht vor der Zahlungsunfähigkeit. Das Unternehmen des Vizepräsidenten des VDMA werde voraussichtlich am Freitag Insolvenzantrag stellen, heißt es. Seite 16

Anglo Irish: Trauriger Rekord

Die krisengeschüttelte irische Großbank Anglo Irish Bank wird in der kommenden Woche voraussichtlich den höchsten Unternehmensverlust in der Wirtschaftsgeschichte des Landes bekanntgeben. Seite 17



„Lex Griechenland“: Der Kurs der EZB gilt für alle, hilft aber vor allem einem Land.

Foto: Caro

Banken dürfen Staatsanleihen minderer Qualität weiter beleihen

Die Europäische Zentralbank kommt Griechenland entgegen

ruh. FRANKFURT, 25. März. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat eine Kehrtwende vollzogen und reduziert die Anforderung an Sicherheiten, die Banken bei den Finanzierungsgeschäften einreichen dürfen. EZB-Präsident Jean-Claude Trichet kündigte am Donnerstag vor dem Europäischen Parlament die Verlängerung einer in der Finanzkrise eingeführten Ausnahmeregel an. Damit dürfen die Banken bis über das Jahr 2010 hinaus Staatsanleihen mäßiger Qualität als Sicherheit hinterlegen, wenn sie sich von der Zentralbank Geld leihen. Von der Verlängerung der Ausnahmeregel profitierten am Donnerstag vor allem griechische Anleihen. Deren Kurs stieg, wodurch der Risikozinsaufschlag zu Bundesanleihen sank.

Nach den bis zum Jahr 2008 geltenden Regeln müssen Staatsanleihen mindestens von einer Ratingagentur die Note „A-“ beziehungsweise „A3“ erhalten, damit Banken die Wertpapiere bei den Finanzierungsgeschäften der Zentralbank als Sicherheit einreichen dürfen. Um das Bankensystem in der Finanzkrise zu stabilisieren, hat die EZB die Anforderungen im Jahr 2008 gesenkt. Seitdem akzeptiert sie auch Staatsanleihen, die lediglich BBB-Noten tragen. Doch diese Ausnahme sollte am Ende dieses Jahres wieder enden. Trichet kündigte an, dass Anleihen ohne A-Rating dann mit einem abgestuften Sicherheitsabschlag akzeptiert würden. Derzeit werden BBB-Staatsanleihen nur zu 95 Prozent angerechnet.

Bei einem Ende der Ausnahmeregel wäre es für Griechenland im kommenden Jahr eng geworden. Denn die ursprünglich höhere Anforderung erfüllt das Land nur noch mit dem Rating von Moody's. Die beiden anderen Agenturen S&P und Fitch haben schon auf „BBB“ herabgestuft

und Moody's erwägt eine weitere Senkung der Bonitätsnote. Bei einer weiteren Reduzierung um mehr als eine Stufe würden griechische Anleihen die ursprüngliche Anforderung nicht mehr erfüllen. Viele Investoren fürchteten deshalb eine Verkaufswelle für die griechischen Anleihen und eine Belastung für das griechische Bankensystem.

Mit der Verlängerung der Ausnahmeregel über 2010 hinaus hat Trichet diesen Druck vom Markt genommen. Zugleich hat er allerdings entgegen früherer Ankündigungen gehandelt. Im vergangenen Jahr beteuerte er, es werde keine Änderungen

„Wir werden unsere Regeln für die Sicherheiten nicht zum Wohl irgendeines bestimmten Landes ändern.“

Jean-Claude Trichet am 14. Januar 2010

der Sicherheitenregeln zugunsten eines einzelnen Euro-Mitglieds geben. Zu der unbefristeten Verlängerung der Ausnahmeregel heißt es nun aus der EZB, dass diese ja für alle Staatsanleihen aus dem Euro-Raum gelte und deshalb nicht ein einzelnes Land begünstigt werde.

Die verringerten Anforderungen an die Sicherheiten begünstigt jedoch vor allem die Gläubiger Griechenlands. Denn nur für griechische Anleihen droht, dass alle Ratings unter das A-Niveau fallen. Fitch hat zwar gerade die portugiesische Bonitätsnote auf „AA-“ reduziert, das ist jedoch immer noch ein sehr gutes und mehr als ausreichendes Rating, um die ursprünglichen Anforderungen der EZB zu erfüllen.

Der Chef der Hypo Real Estate wirft hin

Nach Differenzen mit dem Rettungsfonds Soffin erklärt Axel Wieandt seinen Rücktritt

hpe. MÜNCHEN, 25. März. Axel Wieandt, Vorstandsvorsitzender der Hypo Real Estate gibt auf. Am Donnerstag hat er dem Aufsichtsrat seinen Rücktritt angeboten. Grund sollen nach Informationen dieser Zeitung nicht mehr zu überbrückende Differenzen mit dem Bankenrettungsfonds Soffin über die Ausrichtung des inzwischen verstaatlichten Kriseninstituts gewesen sein. Der Soffin teilte mit, dass Wieandt mit sofortiger Wirkung von seinen Pflichten entbunden werde. Vom HRE-Aufsichtsratsvorsitzenden Bernd Thiemann hieß es, er bedaure den Entschluss seines Vorstands: Wieandt habe „wesentlichen Anteil an der Stabilisierung und Neuausrichtung des Konzerns, die Weichen sind erkennbar gestellt.“ Die Geschäfte soll nun „bis auf weiteres“ Risikovorstand Manuela Better übernehmen, die vor einem Jahr erst Bettina von Österreich im Führungsgremium abgelöst hatte. Am heutigen Freitag wird die HRE ihre Bilanz vorlegen und abermals einen hohen Milliardenverlust ausweisen.

Wieandt war im Herbst 2008 an die Spitze der HRE gerückt. Als sich bei dem Münchner Immobilienfinanzierer die Ergebnisse überschlugen und Vorgänger Georg Funke abdanken musste, hatte Jo-

sef Ackermann, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Bank, seinen 43 Jahre alten Strategiefachmann für die wohl härteste Sanierungsaufgabe in der deutschen Bankenlandschaft empfohlen. Nicht wenige Stimmen in der Finanzszenen sprachen von einem „Himmelfahrtskommando“. Die Rettung der HRE war schließlich



Axel Wieandt sucht eine neue Aufgabe.

Foto: Andreas Müller

auch nur mit Milliardenhilfen des deutschen Steuerzahlers möglich.

Ein Jahr nach seiner Sanierungsarbeit bezeichnete Wieandt selbst die HRE als stabil. „Wir sehen schon an unserem Neugeschäft, dass der Bedarf nach Langfristfinanzierung nachhaltig ist und wir aus-

len. Entsprechend gering waren auch die Kursauswirkungen. Seine höchste Note hat Portugal von Moody's erhalten; das „Aa2“-Rating liegt nach den ursprünglichen EZB-Regeln vier Stufen über dem Niveau, von dem an es kritisch wird. Das gleiche gilt für Italien. Irlands höchste Note, ebenfalls von Moody's vergeben, liegt eine Stufe höher und Spanien hat von Fitch und Moody's sogar Bestnoten erhalten. Damit ist Griechenland das einzige der finanzschwachen Euro-Länder, bei dem die Akzeptanz als Sicherheit nur von einem Rating abhängt.

Die Menge an möglichen Sicherheiten, die von den Banken eingereicht werden können, ist zwar so groß, dass die griechischen Anleihen im Wert von rund 300 Milliarden nur einen kleinen Teil ausmachen. Als Sicherheiten kommen Wertpapiere im Wert von rund 11 000 Milliarden Euro in Frage, wovon die Banken etwa 1600 Milliarden Euro halten und als Sicherheit verwenden. Gleichwohl könnte der Verlust des Sicherheitsstatus der griechischen Titel für einzelne Banken ein harter Schlag sein, sagen Mitarbeiter Frankfurter Banken.

Deutsche Banken halten Forderungen gegenüber Griechen im Wert von rund 40 Milliarden Euro. Ein großer Teil davon entfällt auf Staatsanleihen, wobei vor allem die Pfandbriefbanken und unter ihnen besonders die verstaatlichte Hypo Real Estate betroffen sind. Wegen der rasch wachsenden Schulden des griechischen Staats – allein in diesem Jahr entspricht das Haushaltsdefizit rund 13 Prozent der Wirtschaftsleistung des Landes – sind die Risikoprämien für griechische Anleihen in die Höhe geschossen. Für zehnjährige Titel beträgt der Zinsaufschlag gegenüber deutschen Bundesanleihen derzeit 3,15 Prozentpunkte.

kömmliche Margen realisieren können“, hatte Wieandt dieser Zeitung gesagt (F.A.Z. vom 14. November). Wieandts Plan sah vor, die HRE als Deutsche Pfandbriefbank auf Immobilien- und Staatsfinanzierung zu konzentrieren. Dazu sollen bis zu 210 Milliarden Euro in die Abwicklungsanstalt beim Soffin verschoben werden – es wäre mehr als die Hälfte der Bilanzsumme und würde die Bad Bank der HRE zum achtgrößten Kreditinstitut in Deutschland machen.

Obwohl Wieandt bei der HRE einen Fünf-Jahres-Vertrag unterschrieben hatten, wurde doch schon während seiner Amtszeit immer wieder über eine vorzeitige Rückkehr zur Deutschen Bank spekuliert. Manchen Beobachtern genügte da schon die Tatsache, dass Wieandt nach seinem Amtsantritt in München keine Wohnung bezogen hatte, sondern sich mit einem Zimmer in einem einfachen Drei-Sterne-Hotel begnügte.

Möglicherweise könnte Wieandts Rücktritt mit einer beruflichen Perspektive im Zusammenhang stehen: Derzeit wird die Postbank als Tochterinstitut der Deutschen Bank von dem inzwischen 64 Jahre alten Stefan Jütte geleitet. Denkbar wäre, dass Ackermann seinen Zögling Wieandt nun mit dieser Aufgabe betraut.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Weiche Regeln

Von Stefan Ruhkamp

Leyens Lohnzug

Von Heike Göbel

Die Europäische Zentralbank sollte sich nicht zu sehr an den kreativen Umgang mit Regeln gewöhnen. Euro-Staaten dürfen sich untereinander kein Geld leihen, so hieß es ein Jahrzehnt lang. Alles andere sei vertragswidriges Herauskaufen, verderbe die Moral und verleite andere zum Schuldenmachen. Angesichts der griechischen Schuldenkrise werden solche Grundsätze verhandelbar. Bilaterale Kredite seien die Lösung für die Schuldenkrise und kein Vertrag verbiete das, ist jetzt aus der EZB zu hören. Und auch bei den Regeln für die Sicherheiten, die Banken einreichen dürfen, geht es in die gleiche Richtung. Um Griechenland vor der Blamage zu bewahren, dass seine Anleihen nicht mehr für die Beleihung taugen, verlängert die EZB eine in der Finanzkrise geschaffene Ausnahme. Solche Erleichterungen waren in der Krise berechtigt, um das Finanzsystem zu stabilisieren. Doch längst hat die EZB mit der allmählichen Rückführung der Hilfen begonnen. Wenn es den Banken besser geht, sollten sie auch wieder an normale Bedingungen gewöhnt werden. Das gleiche gilt für die Staaten. Regeln, die nur gelten, wenn es gerade passt, vermitteln keine Sicherheit und versprechen keine stabile Währung.

Nun die Pflege: Kaum eine Woche, in der die Arbeitsministerin nicht freudig die Einigung über einen neuen gesetzlichen Mindestlohn verkündet. Ursula von der Leyen zeigt keinerlei Zweifel, dass sie hier ein gutes staatliches Werk vollbringt. In den Augen der Unionspolitikerin, die im Auftrag der Kanzlerin auf Norbert Blüms Spuren wandelt, schafft der Pflegemindestlohn „positive Standards, ohne Arbeitsplätze zu vernichten“. Vermutlich ist es reiner Zufall, dass der neue Mindestsatz im Westen schon mal das jüngste vom Gewerkschaftsbund ausgerufene Niveau von 8,50 Euro erreicht, das auch die SPD gerade zum Maßstab erkoren hat. Von der Leyen ist eben immer schon da, wo andere hin wollen. Der zu erwartende Kostenschub in der Pflegeversicherung fällt, wie praktisch, ihrem liberalen Kabinettskollegen Philip Rösler vor die Füße. Nicht nur aus diesem Grund wundert es, dass die FDP dem Siegeszug des staatlichen Lohndiktats keinen Einhalt gebietet. Ihr scheint in der Arbeitsmarktpolitik Orientierung und Schneid abhandeln gekommen. Seit dem Tod von Otto Graf Lambsdorff sagt jedenfalls vorne in der FDP niemand mehr laut, dass der Mindestlohn da Arbeitsplätze kostet, wo sie besonders knapp sind.

Wider die Korruption

Von Carsten Knop

Es ist nicht naiv, anzunehmen, dass sich Geschäfte im Ausland auch ohne Korruption machen lassen. Aber es ist blauäugig, zu glauben, dass Leistungsdruck, Erfolgserwartung und die Zwänge des Wettbewerbs zwangsläufig dazu führen, dass man dem Konkurrenten den Auftrag nur mit Hilfe von Bestechung abjagen kann. Ja, es ist wahr, dass kleine Geschenke die Freundschaft erhalten. Es stimmt, dass es möglich sein muss, einmal einen Geschäftspartner zum Essen oder als Gast zu einem Fußballspiel einzuladen. Aber es ist nicht nötig, sich für einen Auftrag mit einer kostenlosen S-Klasse zu bedanken, auch muss man keine Millionen an Diktatoren oder korrupte Parteikader in fernen Ländern überweisen.

Tatsächlich ist es sogar schädlich. Diese Erkenntnis gewinnt auch nicht nur Klein Fritschen aus dem ersten Semester Betriebswirtschaftlehre respektive Corporate-Governance-Grundkurs: Es irrt ein jeder, der nach den Fällen Siemens, MAN, Ferrostaal und Daimler noch immer glaubt, Korruption sei nur für die schädlich, die sich erwischen lassen.

Wahr ist lediglich, dass für diejenigen, die sich erwischen lassen, die Lage in der Tat besonders misslich ist. Dann ist der Ruf eines Unternehmens, den man möglicherweise gerade mit einer millionenschweren Formel-1-Werbekampagne zu verbessern versucht, schwer beschädigt. Die Verantwortlichen sind hoffentlich ihre Stelle los, und obendrein fallen hohe Strafzahlungen an, besonders dann, wenn man mit seinen Aktien an einer Börse in den Vereinigten Staaten notiert ist.

Deshalb ist es skandalös, dass zum Beispiel der Autohersteller Daimler wohl tatsächlich erst richtig aufgewacht ist, nachdem der Schmiergeldskandal von Siemens den größten deutschen Industriekonzern in seinen Grundfesten erschütterte hat. Obwohl die Ermittlungen in Sachen Daimler auf einen Hinweis aus dem Jahr 2004 zurückgehen, obwohl der Konzern im Jahr 2006 eine Compliance-Abteilung ins Leben gerufen hat, reichen die Fälle, für die bald eine Vergleichszahlung von vermutlich 185 Millionen Dollar fällig wird, bis in das Jahr 2008 hinein. Ob das ein Zufall ist? Das war genau das Jahr, in dem bei Siemens kein Stein mehr auf dem anderen geblieben ist. Bei Daimler aber drängt sich der Eindruck auf, dass man auf irgendwelchen Hierarchieebenen glaubte, so lange wie nur irgendwie möglich an der Bestechungspraxis festhalten zu können oder sogar zu müssen.

Systematische Bestechungssysteme waren auch dem Nutzfahrzeug- und Maschinenbaukonzern MAN nicht unbekannt; seine ehemalige Tochtergesellschaft Ferrostaal in Essen macht die jüngsten unruhlichen Schlagzeilen in dieser Angelegenheit. Dort war soeben die Polizei in der Konzernzentrale zu Besuch. Dass Ferrostaal mit

entsprechenden Vorwürfen konfrontiert wird, ist an sich nicht neu. Doch hatte man in Essen dem Vernehmen nach das Gefühl, die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft restriktiv angehen zu können: Die Quittung ist der Besuch des Staates und seiner Vertreter in den Büros.

Nun gibt es viele Menschen, die glauben, den Wettbewerb zwischen Unternehmen der Größenordnung von Daimler, Siemens und Co. entscheide sowieso nicht die Qualität des Angebotenen. Wichtig seien nur die weichen Faktoren; Bestechung sei schon aus diesem Grund das einzig Beständige im Wirtschaftsleben. Doch

Wer Schmiergeld zahlt, kommt dauerhaft nicht weiter. Das gilt für große und kleine Unternehmen.

selbst der auch durch Bestechung in jeder Hinsicht heruntergewirtschaftete griechische Staat hat inzwischen entdeckt, dass es lohnen könnte, den Niedergang seines Staatswesens zu beenden. Jede Ausschreibung soll nun im Internet dokumentiert werden. Und die aufklärende Kraft des Internets, das beinahe das gesamte Leben transparent macht (und nicht zuletzt anonyme Anschuldigungen erlaubt), sollten sich auch jene vergegenwärtigen, die glauben, mit ihrer Bestechungspraxis so weitermachen zu können wie bisher. Das Internet macht die Welt jedenfalls in dieser Hinsicht zum globalen Dorf. Und im Dorf ist der Ruf besonders schnell ruiniert.

Das Argument, die Qualität des Angebotenen unterscheide sich zum Beispiel bei GE und Siemens kaum, entkräftet sich ohnehin von selbst, jedenfalls wenn man Qualität weiter definiert als nur über die Zuverlässigkeit und Lebensdauer des Produkts. Auch der Privatmann entscheidet sich aus bestimmten technischen Gründen oder wegen des Designs für einen BMW oder einen Mercedes, selbst wenn die Qualität im engeren Sinne gleich ist. Wenn das bei großen Anlagen nicht so ist, können alle, die sich durch Leistung beweisen wollen, einpacken. Dauerhaft hat dieser Ansatz aber selbst in den Zeiten nicht funktioniert, als Schmiergelder noch steuerlich absetzbar waren.

Die Lehren aus den Enthüllungen bei Siemens, MAN, Daimler und anderen Großkonzernen auch im Ausland sollten deshalb auch die Unternehmen zwingen, die darauf bauen, dass sie durch ihre geringere Größe geschützt sind und weiter im Dunkeln mauscheln können. Nur der Pessimist zweifelt daran, dass Siemens heute nur noch mit sauberen Geschäftspartnern zusammenarbeiten will, und daran, dass dasselbe bald auch für den griechischen Staat gilt. Aber den Pessimisten gehört die Zukunft nicht.

FIRMENINDEX	Seite	Credit Suisse	21	Fuchs Petrolub	16	Hypo Group Alpe Adria	17	MF Global Holdings	18	Tom Tailor	21
		Daimler	20	General Electric	17	Hypo Real Estate	11	Rohwedder	16	UBS	21
Air Berlin	17, 20	Dekabank	17	Generali Deutschland	17	IVG Immobilien	15	SAP	17	Union Investment	21
Aixtron	23	Deutsche Bahn	15, 20	Goldman Sachs	18	Knorr Bremse AG	17	Solarworld	16	United Internet	15
Anglo Irish Bank	17	Evonik	15, 20	Gruener+Jahr	16	Loewe	16	Steag	20	Vossloh	15
Bayern LB	17	Evotec	16	Helaba	17	Lufthansa	20	Tata	18	WGZ Bank	17
Corus	18	Ferrostaal	20	Hochtief	16	MAN	20	Tesa	15	Würth	15